

Von grün zu blau?

Über Veränderungen im Wahlverhalten von Jugendlichen und mögliche pädagogische Schlussfolgerungen

Frank Greuel

Ein aktueller Blick in die Welt zeigt eine Vielzahl an Krisen, die sich in den letzten Jahren und gegenwärtig parallel ereignen – die Corona-Pandemie, die Klimakrise, zunehmende Migrationsbewegungen, der Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie die sich immer weiter zuspitzende kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und anderen Staaten im Nahen Osten. Der Begriff »ereignen« scheidet dabei schon insofern nicht ganz passend, weil es sich eben nur zum Teil um *Ereignisse*, also zeitlich eng eingrenzbar Geschehnisse, handelt. Vielmehr haben wir es mindestens teilweise mit dauerhaften Zuständen zu tun, so dass eher von Dauerkrisen zu sprechen wäre. Für Jugendliche stellen diese eine bedeutsame Rahmenbedingung ihres Aufwachsens dar.

Entsprechend ihrer Größe und Dauerhaftigkeit erweisen sich die verschiedenen Krisen als enorme gesellschaftliche und politische Herausforderungen und sind Gegenstand von Debatten, die um den angemessenen Umgang kreisen.

Vereinfacht lassen sich mindestens mit Blick auf die Klimakrise, Migrationsbewegungen sowie den Krieg zwischen Russland und der Ukraine grundsätzlich zwei verschiedene Varianten des Umgangs erkennen:

- A) progressiv, verändernd, gestaltend;
- B) konservativ, rückwärtsgewandt, bewahrend, abschottend.

In der Variante A werden Krisen zum Anlass dafür, das Bisherige kritisch zu hinterfragen. Dies betrifft angesichts der Klimakrise Formen des Wirtschaftens und des Ausbeutens von Ressourcen. Im Falle des Ukrainekrieges betrifft dies die bisherige Toleranz gegenüber Staaten, deren imperiale Großmachtphantasien nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine bekannt sind. Im Falle zunehmend sichtbarer Migrationsbewegungen betrifft dies die Hinterfragung eines Wirtschaftssystems, in dem materielle Privilegien des globalen Nordens im Wesentlichen durch globale Ungleichverteilungen entstehen und aufrechterhalten werden.

In der Variante B hingegen werden dieselben Krisen zum Anlass dafür, das Bisherige zu bewahren und es zu verteidigen, notfalls sogar, indem Krisen gar nicht als solche anerkannt und/oder für irrelevant erklärt werden. In einer solchen Sichtweise gilt die Klimakrise als etwas, das wahlweise nicht existent, nicht auf den Menschen zurückzuführen oder aber durch technologischen Fortschritt (Stichwort: »E-Fuels«) beherrschbar sei. Im Falle des Ukrainekrieges scheint einer weiteren Zusammenarbeit mit Putin nichts im Wege zu stehen und er wird als verlässlicher Partner, mit dem auch über Frieden zu verhandeln wäre, wahrgenommen. Im Falle zunehmend sichtbarer Migrationsbewegungen scheint die Lösung vor allem eine Frage der Sicherung von Grenzen und der Zurückweisung in Herkunftsländer zu sein.

Die umrissenen beiden Reaktionen sind nicht neu, sondern ganz im Gegenteil sehr alt und als »progressiv« (vgl. Meifort, 2020) und »konservativ« (vgl. Biebricher, 2020) wohlbekannt. Bei Individuen lässt sich beobachten, dass diese Reaktionsformen zumeist als Muster auftreten: Wer sich also für Klimagerechtigkeit einsetzt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch an anderer Stelle progressiv auftreten. Und umgekehrt: Wer Klimawandel leugnet, wird voraussichtlich auch an anderer Stelle konservativ argumentieren.

Progressivität und Konservatismus existieren auch unter Jugendlichen, ob schon lange Zeit Jugendlichen mehrheitlich eine gewisse Progressivität zugeschrieben wurde. Grund hierfür dürfte vor allem sein, dass es in modernen Gesellschaften ein Charakteristikum der Jugendphase ist, die gegebenen Verhältnisse kritisch zu hinterfragen und Neues zu wagen. Dennoch zeigt schon ein Blick in die jüngere Vergangenheit, dass Jugendliche nicht immer »progressiv« eingestellt sind, sondern mitunter nicht nur konservativ, sondern auch rassistisch und rechtsextrem waren. Bedrückend eindrücklich zeigte sich dies in den 1990er Jahren, als vor allem, aber nicht nur, im Osten Deutschlands Rechtsextremismus jugendkulturelle Formen annahm und stark verbreitet und sichtbar war.

Seit dieser Zeit schien das Phänomen rückläufig zu sein, wobei empirische Untersuchungen belegten, dass es zwar weniger sichtbar war, rechtsextreme Haltungen und Affinitäten aber bei einem Teil von Jugendlichen immer auch verbreitet waren (vgl. Kleeberg-Niepage, 2011; Shell, 2019; Goede et al., 2019). Öffentliche Thematisierungen und Problematisierungen blieben jedoch selten, auch wenn rechtsextreme Terrorakte durchaus auch von Jugendlichen verübt wurden. So ging der Anschlag in Halle 2019 von einem 27-Jährigen sowie der Anschlag in München 2016 von einem 18-jährigen Täter aus.

Im öffentlichen Diskurs viel präsenter waren hingegen jene Jugendlichen, die sich in Deutschland seit 2019 für eine nachhaltige Klimapolitik einsetzten und im Rahmen von *Fridays for Future* (FFF) Generationengerechtigkeit einforderten. Die starke Sichtbarkeit von FFF hing zunächst v.a. damit zusammen, dass es sich um Massenveranstaltungen beeindruckenden Umfangs handelte. Bei einer der ersten Demonstrationen im Jahr 2019 waren in ganz Deutschland laut FFF 1,4 Millionen

Menschen auf der Straße, 2023 waren es immerhin noch 250.000 Menschen. Bei dem größten Teil der Protestierenden handelte es sich dabei um Jugendliche und es entstand, auch aufgrund der Größe dieser Demonstrationen, der Eindruck, dass alle Jugendlichen sich um Klimafragen sorgten. Medial wurde dies breit rezipiert und es entstanden neue Bilder einer progressiven Jugend. Und wie immer, wenn Bilder einer Generation bemüht werden, blieben dabei Unterschiede zwischen Jugendlichen auf der Strecke und wurden zugunsten homogener Darstellungen ignoriert. Ausgeblendet bliebe häufig, dass es neben den bei FFF Engagierten auch jene Jugendlichen gab, die sich nicht für diese Fragen interessierten, und auch jene, die eine nachhaltige Klimapolitik rigoros ablehnten, wenn sie zu Lasten des eigenen Wohlstands, der eigenen Privilegien und von Autonomie gehen sollte.

Dennoch repräsentierte die FFF-Bewegung einen gewichtigen Teil der Jugend und noch 2021 fanden laut einer empirischen Studie (vgl. Frick et al., 2023) 85 % der befragten Jugendlichen Umwelt- und Klimaschutz wichtig – sozialstrukturell gesehen handelte es sich dabei aber vor allem um einen bestimmten Teil: Für weibliche Befragte und für Studierende haben Umwelt- und Klimaschutz eine höhere Wichtigkeit. Die Studie belegt zudem, dass sich ein Teil der Befragten allerdings auch skeptisch im Hinblick auf die Klimabewegung äußert. Demnach haben sie

das Gefühl, dass ihnen Vorschriften in Bezug auf ihre Lebensführung gemacht werden, dass übertriebene Panik geschürt wird oder dass die Klimabewegung wenig gebracht hat. Solchen Aussagen stimmten etwa 10 Prozent voll und ganz und zwischen 20 Prozent und 31 Prozent eher zu. (Frick et al., 2023, S. 63)

Es zeigt sich also deutlich, dass auf die Klimakrise unter Jugendlichen nicht nur mit progressiven Ambitionen reagiert wird, sondern bereits auf dem Höhepunkt der Klimabewegung konservative Reaktionsmuster auch unter Jugendlichen verbreitet waren. Die Ablehnung von Umwelt- und Klimaschutz hing dabei stark mit den Lebenswelten und dem sozialen Umfeld der jungen Menschen zusammen. Die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen dem Thema Klimawandel indifferent oder auch ablehnend gegenüberstehen, ist höher, wenn sie sich in Berufsausbildung befinden, wenn sie männlich sind und wenn sie einen niedrigen Bildungsgrad aufweisen (ebd., S. 96).

Mittlerweile lässt sich festhalten, dass das Thema Klimaschutz in der Gesamtbevölkerung wie auch für Jugendliche generell an Stellenwert verloren hat. Bereits die Corona-Pandemie sorgte dafür, dass das Thema in den Hintergrund trat, und insbesondere seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine erweist es sich als noch weniger relevant. In der Shell-Studie von 2024 (Albert et al., 2024) wird konstatiert, dass mittlerweile die Angst vor einem Krieg in Europa (81 %) sowie die Sorge um die wirtschaftliche Lage und steigende Armut (67 %) dominant sind und die Themen Klimawandel (63 %) und Umweltverschmutzung (64 %) übertreffen. Ähnlich ausgeprägt

ist die Angst vor »Ausländerfeindlichkeit« (58 %), häufig genannt wird aber auch die Angst vor Zuwanderung (34 %).

Die sich in diesen Zahlen dokumentierenden Veränderungen der für Jugendliche zentralen Themen spiegeln sich auch in den Wahlentscheidungen von Jung- und Erstwähler:innen. Jugendliche waren in den letzten Jahrzehnten eine Gruppe, die stärker als der Rest der Bevölkerung progressiv wählte und überproportional häufig für die Linke und die Grünen stimmte, während konservative Parteien wie die CDU oder rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Parteien wie die AfD deutlich weniger Zustimmung erhielten. In den letzten Jahren vollzog sich diesbezüglich ein Wandel. Bei den Landtagswahlen 2023 in Bayern und Hessen zeigte sich erstmals eine höhere Zustimmung zur AfD, die zum einen ähnlich hoch ausfiel wie die Zustimmung zu den Grünen. Zum anderen stimmten Jungwähler:innen (18–24 Jahre) erstmals in etwa so ab, wie der Rest der Bevölkerung. Sie teilten also die hohe Zustimmung zur AfD (Bayern: AfD-Anteil bei den Jungwähler:innen: 16 %, Gesamtergebnis AfD: 14,6 %¹; Hessen: 18 % vs. 18,4 %²), während die Grünen bei ihnen allenfalls noch leicht überdurchschnittlich abschnitten (Bayern: 18 % vs. 14,4 %; Hessen: 15 % vs. 14,8 %).

Weitere Wahlen bestätigten dies bzw. wurde es deutlich, dass bei den Europawahlen bundesweit die Zustimmung zur AfD mit 16 % inzwischen stärker war als die Zustimmung zu den Grünen, die auf lediglich 11 % kamen³. Diese Verschiebung entsprach wiederum einem allgemeinen Trend, denn auch bei dieser Wahl entsprachen die Wahlentscheidungen der Jugendlichen zumindest im Hinblick auf Grüne und AfD ziemlich exakt dem Durchschnitt (AfD: 15,9 %, Grüne: 11,9 %).

Bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigte sich hingegen wieder, dass Jugendliche anders wählten als der Rest der Bevölkerung. Sie stimmten in Thüringen und Brandenburg überdurchschnittlich für die AfD (Anteil bei den Jungwähler:innen in Thüringen (TH): 38 %, Anteil insgesamt: 33 %, in Brandenburg (BB) 31 % vs. 29 %) und in allen drei Bundesländern überdurchschnittlich für die Linken (TH: 16 % vs. 13 %, SN: 13 % vs. 4 %, BB: 7 % vs. 3 %) und die Grünen (TH: 5 % vs. 3 %, SN: 8 % vs. 5 %, BB: 6 % vs. 5 %)⁴⁵⁶.

Inzwischen lässt sich festhalten, dass bei sämtlichen Wahlen des Jahres 2024 die AfD bei Jugendlichen beliebter ist als die Grünen. Damit haben sich die Beliebtheitswerte innerhalb weniger Jahre umgekehrt, was sicher auch darauf zurückzuführen

1 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/>

2 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/>

3 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-alter.shtml>

4 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml>

5 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-alter.shtml>

6 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/umfrage-alter.shtml>

ist, dass Umwelt- und Klimaschutz als Kernthemen der Grünen inzwischen als weniger relevant erachtet werden. Noch bei der Bundestagswahl 2021 waren bei den 18- bis 24-Jährigen die Grünen mit 23 % und die FDP mit 21 % die stärksten Parteien und die AfD stand mit 7 % abgeschlagen auf dem letzten Platz der Parteien, die die 5 %-Hürde überschritten. Inzwischen ist mit Blick auf die verschiedenen Wahlen deutlich, dass die Grünen (und auch die FDP) stark an Beliebtheit verloren haben, während die AfD viel häufiger gewählt wird.

Angesichts der wachsenden Beliebtheit der AfD auch unter Jugendlichen drängt sich die Frage auf, was die Ursachen hierfür sind. Erklärungsansätze liegen auf mehreren Ebenen. Plausibel ist demnach, die Wahlentscheidung von Jugendlichen für die AfD auch als Ausdruck eines Strebens nach Sicherheit und Handlungsmacht angesichts von Dauerkrisen und permanenten Situationen der Unübersichtlichkeit und Ohnmacht zu verstehen. Auf dieses psychologische Motiv wird in der Rechts-extremismusforschung bereits seit den 1980er Jahren hingewiesen (vgl. Heitmeyer, 1987).

Angesichts multipler Krisen, die Zukunftsängste hervorbringen und Jugendliche in besonderer Weise treffen, scheint die bereits eingangs umrissene »konservative Reaktion« besonders attraktiv. Das Bisherige wird bewahrt und verteidigt. Ein Teil der bestehenden Krisen, und hierunter insbesondere die Klimakrise, werden als solche nicht anerkannt und/oder gelten als irrelevant. Dass diese Ideologie verfängt, zeigen nicht nur die Wahlergebnisse. In einer aktuellen Studie (vgl. Mönig et al., 2024) stimmen 18 % der jugendlichen Befragten der Aussage zu, dass der Klimawandel nicht von Menschen verursacht sei. Hier leistet die AfD also gewissermaßen ein Krisenmanagement und entlastet mit der Erkenntnis, dass der Mensch nicht verantwortlich für den Klimawandel sei und daher keinerlei Einschränkungen oder Veränderungen nötig seien. Nach dieser Ansicht müssten sich z.B. die Energiewirtschaft, der Verkehr mit der Verbrennung von fossilen Kraftstoffen und die Landwirtschaft inkl. Fleischproduktion nicht substanziell verändern. Folgt man dieser Perspektive, dann wären keine Veränderungen der alltäglichen Handlungsroutinen und des Konsumverhaltens nötig.

Aber auch die von der AfD als relevant anerkannten Krisen scheinen bewältigbar. Wirtschaftliche und soziale Krisen, aber auch Ängste rund um Kriminalität und öffentliche Sicherheit werden als steuerbar begriffen, weil die AfD oder auch andere rechtspopulistische/rechtsextreme Akteur:innen sie untrennbar mit dem Thema Migration verknüpfen. »Remigration« und restriktive Einwanderungspolitik sind als Lösungsstrategien sofort zur Hand und es wird beständig suggeriert, dass verschiedenste Entwicklungen der letzten Jahrzehnte umkehrbar seien. Das Angebot, das die AfD hier macht, kommt einer »Verkleinerung der Krisen« gleich. Und dieses Angebot ist nicht nur für Erwachsene attraktiv, sondern offenbar auch für Jugendliche. Die Frage, wie die Zukunft politisch gestaltet werden sollte, wird in letzter Zeit von immer mehr jungen Menschen im konservativen Sinne beantwortet.

Neben der »Verkleinerung der Krisen« als psychologische Entlastung müssen noch weitere Ursachen diskutiert werden. Hierzu gehört sicher eine grundsätzlich tiefe Enttäuschung über die Politik der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und der FDP. Eine AfD-Wahl ist sicher auch Ausdruck einer Fundamentalopposition und aller Vorbehalte gegen das politische Establishment. Eine Rolle spielen könnte hier sicher auch die bereits angesprochene Neigung von Jugendlichen, bestehende Verhältnisse in Frage zu stellen. Man hätte es hier mit einer Form des Protestes zu tun.

Hinzu kommt eine zu beobachtende immense Sichtbarkeit der AfD auf Social-Media-Kanälen. Deren Bedeutung für junge Menschen ist hoch und es ist bekannt, dass sich die Mehrheit (57 %) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen über Nachrichten und Politik auf Social-Media-Kanälen informiert (Schnetzler et al., 2024). Auf den populärsten Plattformen übertrifft die AfD sämtliche etablierten Parteien bei weitem, wenn es um die Anzahl von Aufrufen von Beiträgen sowie die Anzahl der Follower:innen oder Abonnent:innen geht. Besonders dominant ist die AfD auf TikTok, einer Videoplattform, die derzeit unter Jugendlichen besonders beliebt ist. Hier genießt sie ein Informationsmonopol und kann ihre Perspektive auf die Welt wiedergeben, ohne dass es ernsthafte Bestrebungen der etablierten Parteien gibt, hier zumindest Alternativangebote zu machen. Die verfügbaren Videos zeigen deutlich, dass sich die AfD direkt an Jugendliche wendet und sie als wichtige Zielgruppe erkannt hat. In den Videos werden Jugendliche in der Du-Form direkt angesprochen und dabei jugendtypische Herausforderungen thematisiert. Prototypisch hierfür kann das Video von Maximilian Krahe gelten, auf dem er jungen Männern erklärt, was sie tun müssen, um ein echter Deutscher zu sein, was gleichgesetzt wird mit Erfolg beim weiblichen Geschlecht. Jenseits der inhaltlichen Ausrichtung dürfte sich Jugendlichen deutlich vermitteln, dass sie hier direkt angesprochen werden, dass sie anerkannt werden, dass sie wichtig sind. Das wiederum sind Dinge, die die etablierten Parteien nicht vermitteln. Und dies gilt nicht nur im digitalen Raum. Eine jugendpolitische Programmatik ist derzeit bei keiner etablierten Partei erkennbar und auch die AfD hat hier nichts vorzuweisen, kann diese allerdings erfolgreich dadurch kaschieren, dass sie Videoclips veröffentlicht, in denen Jugendliche überhaupt angesprochen werden.

Wenn die etablierten Parteien der steigenden Beliebtheit der AfD ernsthaft etwas entgegensetzen wollen, dann wäre eine eigenständige Jugendpolitik ein wesentlicher Schritt. Man müsste sich ernsthaft der Frage widmen, welche Politik für Jugendliche gemacht werden soll und wie die neue Generation an politischen Prozessen mitwirken kann und soll. Dazu wären Räume zu schaffen, in denen sich Jugendliche einbringen können und in denen ihnen wertschätzend begegnet wird. Nötig ist hierfür aber auch, dass Jugendliche zur Mitwirkung an solchen Prozessen befähigt sind und Zukunftsvisionen und eigene politische Positionen im Sinne des aufklärerischen Ideals von Mündigkeit entwickelt haben. Traditionell zuständig hierfür ist die politische Bildung und insbesondere die außerschulische politische

Bildung, leistet hier wichtige Arbeit. Dennoch steht gerade sie in den letzten Jahren immer stärker unter Sparzwängen. Zudem wird ihre inhaltliche Ausrichtung kritisch in Frage gestellt, indem insbesondere durch die AfD schon seit längerem politische »Neutralität« eingefordert und die bestehende Praxis als »linke Indoktrination« delegitimiert wird⁷. Wohl auch als Reaktion auf Letzteres zeigen sich rund um die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Landeszentralen für politische Bildung 2023 in NRW (vgl. Klein, 2024) und aktuell in Berlin zudem Tendenzen zu einer stärkeren staatlichen Kontrolle, was Autonomieräume für die umsetzenden Träger:innen begrenzt. Diesen bedrohlichen Tendenzen zum Trotz muss der Stellenwert kritischer politischer Bildung gestärkt werden. Diese kann und muss ein Mittel sein, um Jugendliche für politische Fragen zu interessieren und sie zu involvieren, ohne dass die Komplexität von politischen Sachfragen negiert wird. Ganz im Gegenteil kann darüber authentisch vermittelt werden, dass die einfachen »Lösungen«, die von Populist:innen geboten werden, zu kurz greifen und gefährlich sind.

Zu einer Stärkung kritischer politischer Bildung würde es auch gehören, sie systematischer an Schulen zu verankern und damit die bestehende schulische politische Bildung, die v.a. auf Wissensvermittlung und Leistungsbewertung setzt, zu ergänzen. Gleiches muss für medienpädagogische Angebote gelten, die angesichts der Digitalisierung des Alltags von Kindern und Jugendlichen längst überfällig sind.

Wenn es Ziel sein soll, Jugendliche zur Mitwirkung und Mitgestaltung relevanter Prozesse zu ermuntern und zu befähigen, dann wäre Schule als zentraler lebensweltlicher Ort äußerst relevant. Gleichzeitig gibt es hier über Klassensprecher:innen und Schüler:innenräte hinaus nur äußerst selten Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Bereits vor 20 Jahren wurden durch das BLK-Programm »Demokratie lernen und leben« wertvolle Erkenntnisse gesammelt und beeindruckend dokumentiert, wie wirksam entsprechende Angebote sein können, wenn sie systematisch verankert werden (vgl. Abs et al. 2007). Gleichwohl sind von diesem Programm offensichtlich immer noch kaum Impulse im aktuellen Schulsystem angekommen. Ein aktueller Blick in die Welt zeigt, dass das dringend nachgeholt werden muss.

Literatur

Abs, H. J., Roczen, N. & Klieme, E. (2007): Abschlussbericht zur Evaluation des BLK-Programms »Demokratie lernen und leben«. Frankfurt a.M. Abgerufen am 11.

7 Diese Forderungen führten dazu, dass innerhalb der politischen Bildung ein Diskurs rund um vermeintliche Neutralitätsverpflichtungen geführt wird und eine Selbstverständigung stattfindet, die eine Neutralität ablehnt und stattdessen eine Verpflichtung auf demokratische Werte betont (vgl. z.B. Wohnig & Zorn, 2022).

- November 2024, von https://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/download/materialien/weitere/DIPF_BLK_Abschlussbericht_2007.pdf
- Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U. & Wolfert, S. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Beltz: Weinheim.
- Biebricher, T. (2020): Was bedeutet »konservativ«? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Das Progressiv-konservativ-Paradox – Vier Beiträge über Verändern und Bewahren. Band 58 der Schriftenreihe Demokratie, Berlin. S. 17–25.
- Frick, V., Gossen, M., Holzhauser, B. & Winter, F. (2023): Zukunft? Jugend fragen! 2021. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau. Abgerufen am 11. November 2024, von https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_38-2023_zukunft_jugend_fragen_2021.pdf
- Goede, L. R., Schröder, C. P. & Lehmann, L. (2019): Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes »Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)«. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) Hannover
- Heitmeyer, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim/München: Juventa.
- Kleeberg-Niepage, A. (2011): Zeit der Extreme? Rechtsextremismus im Jugendalter. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 35(2), S. 73–91.
- Klein, Wilfried (2024): Landeszentrale für politische Bildung in NRW erleidet Kahlschlag – Verbände befürchten Verlust der Glaubwürdigkeit der politischen Bildung. Abgerufen am 25. November 2024, von <https://www.bap-politischebildung.de/landeszentrale-fuer-politische-bildung-in-nrw-erleidet-kahlschlag-verbände-befürchten-verlust-der-glaubwürdigkeit-der-politischen-bildung>
- Meifort, F. (2020): Was bedeutet »progressiv«? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Das Progressiv-konservativ-Paradox – Vier Beiträge über Verändern und Bewahren. Band 58 der Schriftenreihe Demokratie, Berlin. S. 9–16. Abgerufen am 11. November 2024, von https://www.boell.de/sites/default/files/2021-01/Endf%20Das-Progressiv-konservative-Paradox_VO1_kommentierbar.pdf
- Mönig, A., Hascher, M., Kerst, B., Osterberger, E. & Quent, M. (2024): Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen. Magdeburg.
- Shell (Hg.) (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie, Frankfurt a.M.
- Schnetzer, S., Hampel, K. & Hurrelmann, K. (2024): Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber. Trendstudie: »Jugend in Deutschland 2024«. Kempten.
- Wohnig, A. & Zorn, P. (Hg.) (2022): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung. Bonn.